

ERFURT: Linke wirft Landesregierung verfehlte Arbeitsmarktpolitik vor

Die Linke hat der Landesregierung eine verfehlte Arbeitsmarktpolitik vorgeworfen. Ihre wichtigsten Ziele, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Schaffung neuer Arbeitsplätze, habe die CDU nicht erreicht, sagte die Arbeitsmarktexpertin der Linken, Ina Leukefeld, am Freitag in Erfurt. In die aktive Arbeitsmarktpolitik sei von der Landesregierung zu wenig investiert worden. In Thüringen gebe es keine strategische Förderung von Fachkräften.

Es müsse von einer realen Unterbeschäftigung von rund 300 000 Erwerbslosen im Freistaat ausgegangen werden, sagte Leukefeld. In die offizielle Statistik seien Menschen in Förderungs- und Qualifizierungsmaßnahmen oder solche, die in die «Frührente gezwungen wurden», nicht einbezogen.

Leukefeld forderte erneut die Einführung eines Mindestlohns. Thüringen sei «das Land mit den niedrigsten Löhnen». Beim Bruttolohn liege der Freistaat 546 Euro unter dem Bundesdurchschnitt. Die Folge sei eine anhaltende Abwanderung vornehmlich junger und gut ausgebildeter Menschen.

Die Linke schlägt vor, Wirtschaftsförderung in Zukunft an die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu koppeln. Zudem müsse verstärkt in Zukunftstechnologien im Energie- und Umweltbereich investiert werden. «Dort schlummert ein riesiges Arbeitsplatzpotenzial», sagte Leukefeld.

Im Rahmen einer Initiative gegen den Fachkräftemangel müssten unter anderem die Berufsakademien ausgebaut werden. Außerdem schlägt die Linke vor, für Erwerbslose Arbeitsplätze im gemeinnützigen Sektor zu schaffen und zu fördern.